

LEITARTIKEL
von Thomas Roth

„Bisher ist die AfD eine Nein-Partei und eine Anti-Flüchtlings-Partei.“

Das Nein kommt an

Nur Verlierer, ein großer Gewinner: Auf den ersten Blick ist die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern leicht zu analysieren. Die AfD jubelt zu recht, ist zweitstärkste Partei, mit mehr als 20 Prozent.

Interessant: Sie lockte nicht nur Anhänger aller anderen Parteien, sondern schaffte es zudem, aus Nichtwählern wieder Wähler zu machen. Die AfD ist aber immer noch klassische Protestpartei. Zwei Drittel ihrer Wähler wollten ein Zeichen gegen die anderen Parteien setzen. Ob die AfD weiter erfolgreich sein wird, ist daher offen. Bisher ist sie eine Nein-Partei und eine Anti-Flüchtlings-Partei.

Der Kampf gegen Merkel eint Konservative, extreme Rechte, sogar einige Linke – das zeigt sich beim Blick auf die Kandidaten, bei denen es keineswegs nur rechte Wirrköpfe gibt. Die Zukunft der AfD hängt davon ab, ob sie mehr als ein Thema findet. Und davon, ob sie Abspaltungen verhindern – Petry, Meuthen, Gauland, Höcke eint bisher vor allem der Erfolg.

Mit einem blauen Auge davongekommen ist die SPD. Sie verlor deutlich, doch Ministerpräsident

Erwin Sellering holte in jüngster Zeit auf – von 22 auf 30 Prozent. Sellering bleibt Ministerpräsident, kann sicher weiter mit der CDU regieren, eventuell auch mit der Linken. Und er rettet Parteichef Sigmar Gabriel. Der kommt zwar weiter nicht einmal bei den SPD-Wählern gut an, doch gibt es nun schlichtweg keinen Auslöser für eine Partei-Revolution.

Neben Linken und Grünen ist vor allem die CDU Verlierer. Mecklenburg-Vorpommern ist wirtschaftlich erfolgreich, die meisten sind sogar mit Rot-Schwarz zufrieden. CDU-Innenminister Lorenz Caffier konnte

„Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Niedersachsen nächste Woche ist spannend, welche Rolle die Flüchtlingspolitik hier spielen wird.“

dies nicht nutzen, versuchte, mit Forderungen wie einem Burka-Verbot zu punkten. Bei den Wählern kam er nicht an – stärkte sogar die AfD, die Ähnliches schon vorher forderte.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen in Niedersachsen nächste Woche ist spannend, welche Rolle die Flüchtlingspolitik hier spielen wird. Und vor allem, ob die Wähler erkennen, wer bei uns etwas vor Ort voranbringen will und kann. Noch ist Zeit, sich über alle Kandidaten und Parteien zu informieren.

KOMMENTAR
von Christina Lohner

„Durch Aufklärung lässt sich das zerstörte Image besser erneuern, als mit dem Finger auf andere zu zeigen.“

VW hatte Komplizen

Die Hinweise verdichten sich: Volkswagen hat bei den Abgaswerten von rund elf Millionen Autos vermutlich nicht alleine betrogen. Der Zulieferer Bosch dürfte die Technik nicht nur bereitgestellt haben, sondern wusste wohl zumindest, welche brisante Ware er da lieferte. Alles andere wäre ohnehin absurd – hätte der Dienstleister die Funktion nicht erkannt, müssten die Kunden an seinem Know-how zweifeln.

Auch dass andere Autobauer illegale Abschalteinrichtungen einsetzen, wird in diesen Tagen wahrscheinlicher. Wird VW also als bisher alleiniger Missetäter zu Unrecht an den Pranger gestellt, wo doch die ganze Branche zu täuschen scheint? Nicht nur VW-Mitarbeiter finden das ungerecht.

Doch dass auch andere Firmen betrügen, ändert nichts an Volkswagens Schuld.

Wenn Bosch Mittäter war, muss das ans Tageslicht und ebenso hart bestraft werden, wie VW büßt. Aufgedeckt wird hoffentlich auch, falls andere Hersteller gegen Gesetze verstoßen. Hier kommt der Politik eine entscheidende Rolle zu. Das Verkehrsministerium darf bei deutschen Produzenten nicht länger wegschauen.

Im Moment jedoch ist nur der VW-Konzern in der Öffentlichkeit überführt. Statt mit dem Finger auf andere Sünden zu zeigen, sollten alle Konzernvertreter an der Aufklärung mitwirken und sich zur Schuld bekennen. Sie und andere Sympathisanten sollten erkennen, dass sich das zerstörte Image so besser erneuern lässt.



Wahlanalysen

Karikatur: Tomicek

GASTKOMMENTAR

Ulrike Freitag, Direktorin des Zentrums für Moderner Orient, zur Verschleierung im Unterricht



„Wenn mehrheitlich muslimische Staaten wie die Türkei lange sogar Kopftücher in staatlichen Einrichtungen einschließlich der Schulen und Universitäten verbieten konnten, muss sich ein Land, in dem Muslime die Minderheit stellen, für ein solches Verbot nicht schämen.“

Niqab und Burka sind in der Schule tabu

Sollen sich Mädchen im Unterricht verschleiern dürfen? Ist mit „Schleier“ ein Kopftuch gemeint, sollte dies, egal in welcher Form, unbedingt erlaubt bleiben. Viele, aber keineswegs alle gläubigen Muslime gehen davon aus, dass dies nach Einsetzen der Pubertät ein religiöses Gebot sei. Wohl aber bestehen je nach Herkunft und religiöser Auslegung große Unterschiede hinsichtlich der Art des Kopftuchs.

Wie aber steht es mit dem gegenwärtig intensiv diskutierten Gesichtsschleier, dem (arabischen) Niqab oder der afghanischen Burka? Vorab sollte betont werden, dass man die bei uns jenseits der Zentren des golfarabischen Tourismus kaum sieht. Die gegenwärtige Aufregung im Zusammenhang der Sicherheitsdebatte erscheint also

als politisches Ablenkungsmanöver von drängenden Problemen.

Dennoch gab es gerade das erste Verbot des Gesichtsschleiers in der Schule. Dies halte ich für berechtigt. Warum? Der entscheidende Unterschied zum Kopftuch besteht nicht in der Frage der Identität des Gegenübers – es wird in Deutschland wenige Schulen geben, wo die Vielzahl der Vollverschleierten es unmöglich macht, festzustellen, wem man gegenübersteht. Gravierender ist, dass Kommunikation entscheidend reduziert wird. Augenkontakt und Gesichtsgestik, die dafür ebenso wichtig sind wie das Wort, entfallen.

Man könnte argumentieren, dass dies einer Selbstisolation der Trägerinnen gleichkommt: Schüler werden sich im Kontakt mit ihnen schwer tun, sofern der Schleier sie nicht gleich abschreckt. Und

Lernen basiert nicht nur auf der Interaktion zwischen Lehrern und Schülern, sondern bedarf des Austauschs zwischen den Schülern.

Zentral erscheint mir die Berücksichtigung der kulturellen Gepflogenheiten unserer Gesellschaft: Da der Gesichtsschleier nicht zwingend vorgeschrieben ist, erscheint die Zumutung, mit einer Schleierträgerin zu kommunizieren unnötig.

Wenn mehrheitlich muslimische Staaten wie die Türkei lange sogar Kopftücher in staatlichen Einrichtungen einschließlich der Schulen und Universitäten verbieten konnten, muss sich ein Land, in dem Muslime die Minderheit stellen, für ein solches Verbot nicht schämen.

Schließt man auf diese Weise Mädchen von Bildung aus? Abgesehen davon, dass sie nur partiell

teilhaben, sollten sie andere Optionen erwägen. Wer die Lehrer an den (meist privaten) Mädchenschulen ebenso ablehnt wie (rein weibliche) Nonnenschulen, sollte sich ernsthaft überlegen, auf ein Mädcheninternat mit Lehrerinnen zu gehen. Solche Einrichtungen gibt es in muslimischen Mehrheitsgesellschaften.

Hoffen wir, dass dies eine weitgehende Scheindebatte bleibt, denn jede Politisierung symbolischer Grenzen verstärkt auf beiden Seiten das Bedürfnis weiterer Abgrenzung und ist damit einem friedlichen Zusammenleben abträglich. Eine kuwaitische Touristin wurde neulich in einem Schweizer Kanton das Gesichtsschleierverbot erläutert. Sie tauschte ihn gegen ein Kopftuch – und das Problem war gelöst.

BLICK NACH SCHWERIN

Ministerpräsident Sellering ist SPD-Erfolgsgarant

Die SPD hat ihren Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern nach einer ersten Analyse vor allem dem sehr beliebten Ministerpräsidenten Erwin Sellering zu verdanken. Der 66-Jährige habe sich als „nahezu optimaler Spitzenkandidat“ entpuppt, erklärte die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen am Sonntagabend. Drei Viertel der Wähler hätten ihm eine gute Regierungsarbeit bescheinigt.

Die CDU mit Spitzenmann Lorenz Caffier, die hinter der AfD auf Rang drei zurückfiel, konnte mit ihrem Koalitionspartner SPD nicht mithalten. Caffier erhielt wesentlich schwächere Werte als Sellering. Die AfD profitierte vor allem von der Diskussion über Flüchtlinge und von der Sorge vor einem sozialen Abstieg.

Die Forschungsgruppe schreibt: „Dass die SPD stärkste Kraft bleibt, verdankt sie ho-

hem Vor-Ort-Ansehen, guter Regierungsarbeit, Sachkompetenz und allen voran Erwin Sellering.“ Seine Reputation liege auf einer Skala von plus 5 bis minus 5 bei 2,4. 78 Prozent finden, dass er gute Arbeit geleistet hat. „67 Prozent aller Befragten wollen Sellering als Regierungschef und nur 18 Prozent CDU-Herausforderer Lorenz Caffier.“

Weiter heißt es in der Analyse: „Neben Kandidaten-Plus und einem hervorragenden Ansehen als Landespartei bekommt die SPD für ihre Arbeit in der rot-schwarzen Koalition sichtbar bessere Noten als die CDU. Auf einer Skala von plus 5 bis minus 5 liegen die Sozialdemokraten bei 1,8, die Union bei 1,1. Und während die ökonomische Lage im Land positiver beschrieben wird als 2011, setzen bei Wirtschaft und Arbeitsmarkt deutlich mehr Befragte auf SPD als auf CDU-Politik.“

Das Thema Flüchtlinge und Asyl ist anders als im Bund oder

bei den Landtagswahlen im März diesmal nur zweitwichtigstes Thema – Jobs sind auf Platz eins. Hier bekommt die SPD 25 Prozent Zustimmung, die CDU 18 und die Linke 8. „Die AfD hat hier für 17 Prozent die besten Konzepte, bleibt bei den Parteikompetenzen ansonsten aber wie gewohnt sehr schwach und gilt auch perspektivisch nicht als gewinnbringende Alternative: Könnte die AfD nach der Wahl mitbestimmen, würde sie für nur 14 Prozent bessere, aber für 59 Prozent aller Wahlberechtigten schlechtere Politik machen als die anderen Parteien.“

Die Forschungsgruppe schreibt weiter: „Für ihre eigenen Wähler ist die AfD vor allem ‚die einzige Partei, die die wichtigen Probleme beim Namen nennt‘. 90 Prozent der Anhänger empfinden das so, bei allen Befragten unterstreichen es 33 Prozent. „Bei einer ansonsten landespolitisch geprägten Wahl war für 60 Prozent der AfD-Wähler (alle Befragten: 38 Pro-

zent) die Bundespolitik wichtiger, wo Bundesregierung und Kanzlerin extrem kritisch gesehen werden und 90 Prozent (alle Befragten: 51 Prozent) Merkels Flüchtlingspolitik ablehnen.“

90 Prozent der AfD-Wähler befürchten wegen der Flüchtlingssteigende Kriminalität (alle Befragten: 56 Prozent). Fast zwei Drittel der AfD-Anhänger finden, dass ihr Bundesland die Flüchtlinge „nicht verkraften“ könne – ein Drittel aller Befragten sieht das auch so. „Für 42 Prozent aller Befragten, aber für 60 Prozent der AfD-Wähler – von denen sich relativ viele im Leben benachteiligt fühlen – haben ‚hier nur die wenigsten richtig von der Wende profitiert.“

Gewählt wird die AfD von 17 Prozent der Frauen, aber von 26 Prozent der Männer – bei männlichen Wählern mittleren Alters ist sie stärkste Partei. Bei der Generation 60 plus liegt die AfD unter dem Schnitt. *dpa*

IMPRESSUM

Braunschweiger Zeitung | Salzgitter Zeitung | Peiner Nachrichten | Wolfsburger Nachrichten
Gifhorner Rundschau | Helmstedter Nachrichten | Wolfenbütteler Zeitung

Geschäftsführung: Claus Schmiedje, Manfred Braun, Michael Wüller
Chefredakteur: Armin Maus
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Roth

Leitende Redakteure in der Chefredaktion:

Redaktionsmanagement: David Mache Newsdesk: Harald Likus
Reportage: Katrin Schiebold Koordination Lokalredaktionen: Luitgard Heissenberg

Verantwortliche Lokalredakteure:

Wirtschaft: Andreas Schweiger Kultur: Martin Jasper Online: Dirk Kühn Sport: Hans-Dieter Schlawis
Politik/Rund um die Welt/Leute/Verbraucher: Jörg Quous, FUNKE Zentralredaktion Berlin

Lokales Braunschweig: Henning Noske Lokales Gifhorn: Christian Franz Lokales Helmstedt: Dr. Michael Strohmann
Lokales Peine: Thomas Stechert Lokales Salzgitter: Jürgen Stricker Lokales Wolfenbüttel: Stephanie Memmert

Lokales Wolfsburg: Dr. Kerstin Loehr und Christoph Knoop Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Michael Heuchert (verantwortlich)

Verlag und Redaktion: BZV Medienhaus GmbH,
38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH, Christian-Pommer-Straße 45, 38112 Braunschweig

Anteiliges Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Online: www.braunschweiger-zeitung.de www.salgitter-zeitung.de www.wolfsburger-nachrichten.de
www.gifhorner-rundschau.de www.helmstedter-nachrichten.de www.peiner-nachrichten.de
www.wolfenbuetteler-zeitung.de